

Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezieher/innen gemäß dem COVID-19-Gesetz-Armut

Stand: 19.01.2021

Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezieher/innen gemäß dem COVID-19-Gesetz-Armut

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen gemäß § 7 Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen, BGBl. I Nr. 135/2020 erlässt der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz folgende Richtlinie:

Präambel

Das Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen, BGBl. I Nr. 135/2020 sieht vor, dass dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) im Jahr 2021 ein Sonderbudget in Höhe von 20 Millionen Euro für Zuwendungen an Haushalte im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug zur Verfügung gestellt wird.

Damit soll ein Beitrag des Bundes zur besseren Bewältigung der COVID-19-Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten geleistet werden.

Die Abwicklung von Zuwendungen des Bundes gemäß § 1 Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen (im Folgenden: „COVID-19-Gesetz-Armut“) überträgt der Bund dem Landeshauptmann und den ihm unterstellten Behörden zur Besorgung in seinem Namen (Art. 104 Abs. 2 B-VG).

Leistungen nach dieser Richtlinie sind nicht als Zweckzuschuss gemäß den §§ 12 und 13 Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (F-VG 1948), BGBl. Nr. 45/1948 einzustufen.

Ein Teil dieser Bundesmittel soll zunächst in Form eines einmaligen Zuschusses an Haushalte im Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug mit Kindern geleistet werden („Zuwendungen für Kinder“). Die nach Abwicklung dieser Unterstützungsleistung

verbleibenden Mittel sollen für weitere finanzielle Hilfen in Form eines Energiekostenzuschusses eingesetzt werden.

Die vorliegende Richtlinie regelt die näheren Bedingungen für die Auszahlung dieser gemäß § 1 Z 1 und 2 COVID-19-Gesetz-Armut vorgesehenen Zuwendungen des Bundes.

Allgemeiner Teil

1. Rechtsgrundlage:

Diese Richtlinie wird gemäß § 7 COVID-19-Gesetz-Armut nach Abstimmung mit den Ländern und im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen erlassen.

2. Gegenstand und allgemeine Grundsätze für die Gewährung von Zuwendungen des Bundes:

2.1. Gegenstand der Zuwendungen ist die Gewährung von finanzieller Unterstützung gemäß § 1 Z 1 und 2 COVID-19-Gesetz-Armut infolge der Corona-Pandemie. Die maßgebliche Bestimmung lautet wie folgt:

„§ 1. Dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz werden für das Jahr 2021 einmalig Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro für Unterstützungsleistungen an Haushalte mit Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezug

1. zur Finanzierung von Zuwendungen für Kinder und
2. für die Gewährung von Energiekostenzuschüssen

zur Verfügung gestellt.“

2.2. Die Abwicklung von Zuwendungen gemäß 2.1. wird dem Landeshauptmann und den ihm unterstellten Behörden zur Besorgung im Sinne des Art. 104 Abs. 2 B-VG übertragen. Die Betrauung erfolgt mittels gesonderter Verordnung.

2.3. Zuwendungen nach dieser Richtlinie können an Haushalte, die im Bezug von Leistungen der Mindestsicherung, Sozialhilfe oder einer in Ausführung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes gewährten, gleichzuhaltenden Leistung stehen, unter den in Abschnitt 1, Punkt 6 und Abschnitt 2, Punkt 7 festgelegten Voraussetzungen geleistet werden.

2.4. Der Bund stellt zur Bedeckung der dafür notwendigen Mittel im Jahr 2021 insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung.

2.5. Zuwendungen werden in Form von nicht rückzahlbaren Pauschalbeträgen geleistet und benötigen für ihren Erhalt keine Vorlage weiterer Nachweise oder Unterlagen (z.B. Rechnungen; Nachweise zu gestiegenen Kosten, Haushaltsgröße oder der Art der Beheizung).

2.6. Auf Zuwendungen gemäß dieser Richtlinie besteht kein Rechtsanspruch.

2.7. Nach Abwicklung der Zuwendungen gemäß Abschnitt 1 dieser Richtlinie („Zuwendungen des Bundes für Kinder“) verbleibende Mittel sind zur Finanzierung von Zuwendungen gemäß Abschnitt 2 dieser Richtlinie („Energiekostenzuschüsse des Bundes“) einzusetzen.

2.8. Zuwendungen dürfen vom Vorliegen weiterer Bedingungen, die über die Erfüllung der in Abschnitt 1, Punkt 6 und Abschnitt 2, Punkt 7 dieser Richtlinie genannten Voraussetzungen hinausgehen, nicht abhängig gemacht werden.

3. Verfahren:

3.1. Die Auszahlung von Zuwendungen nach dieser Richtlinie kann von Amts wegen erfolgen, wenn die zuständigen Stellen im Land das Vorliegen der Voraussetzungen feststellen.

3.2. Zuwendungen können gemeinsam mit einer laufenden Leistung der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung angewiesen werden oder gesondert zur Auszahlung gelangen.

4. Aufteilungsschlüssel und Mittelanweisung:

4.1. Der Bund stellt für die Abwicklung von Zuwendungen gemäß § 1 COVID-19-Gesetz-Armut einen Betrag von 20 Millionen Euro zur Verfügung.

4.2. Die Aufteilung der Mittel nach 4.1. je Bundesland erfolgt gemäß seinem jeweiligen Anteil an den Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung im Jahresdurchschnitt 2019 (Grundlage: Mindestsicherungsstatistik der Bundesländer 2019, Tabelle 4.1.):

Tabelle 1:

Länder	Anteil an den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln in Prozent(*)	Anteil an den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln in Euro
Burgenland	1,17	233.633,58
Kärnten	2,18	436.437,92
Niederösterreich	6,96	1.391.029,81
Oberösterreich	5,55	1.109.109,48
Salzburg	4,08	816.788,93
Steiermark	7,57	1.513.418,14
Tirol	4,74	948.648,90
Vorarlberg	2,50	499.024,98
Wien	65,26	13.051.908,26
Insgesamt	100	20.000.000,00

(*) Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

4.3. Die Mittel für die Gewährung von Zuwendungen werden entsprechend der in Punkt 4.2. festgelegten Aufteilung an die Länder bis 31.01.2021 zur Anweisung gebracht und unterliegen einer Zwischen- bzw. Endabrechnung, die dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) nach Maßgabe des Punktes 5 vorzulegen ist.

5. Abrechnungsmodalitäten und Berichtspflichten:

5.1. Als Nachweis über die widmungsgemäße Inanspruchnahme und Verwendung der gemäß Punkt 4 zugewiesenen Anteile an den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln übermitteln die Ämter der Landesregierungen dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)

- **5.1.1.** bis längstens 30.04.2021 eine Zwischenabrechnung über die zur Abwicklung der Zuwendungen gemäß § 1 Z 1 COVID-19-Gesetz-Armut („Zuwendungen des Bundes für Kinder“) in Anspruch genommenen Mittel;
- **5.1.2.** bis längstens 15.07.2021 eine Zwischenabrechnung über die zur Abwicklung der Zuwendungen gemäß § 1 Z 2 COVID-19-Gesetz-Armut („Energiekostenzuschüsse des Bundes“) in Anspruch genommenen Mittel;
- **5.1.3.** bis längstens 28.02.2022 eine Endabrechnung über die gemäß 4.2. dieser Richtlinie insgesamt zugewiesenen Anteile an den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln)

5.2. Die Zwischenabrechnung gemäß 5.1.1. und 5.1.2. erfolgt anhand eines Musterformulars, das folgende Angaben zu den nach Abschnitt 1 und 2 gewährten Förderungen zu enthalten hat:

- Anzahl der insgesamt unterstützten Kinder in Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalten;
- Anzahl der insgesamt unterstützten Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalte;
- Gesamtvolumen der an Kinder gewährten Unterstützungen;
- Durchschnittliche Höhe der pro Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalt ausbezahlten Kinderzuwendungen sowie
- eine Bestätigung der Nichtanrechnung der Kinderzuwendung auf andere Leistungen der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung.
- Anzahl der insgesamt unterstützten Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalte mit Energiekostenzuschüssen;
- Gesamtvolumen der gewährten Energiekostenzuschüsse;
- Durchschnittliche Höhe der pro Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalt ausbezahlten Energiekostenzuschüsse sowie
- eine Bestätigung der Nichtanrechnung der Energiekostenzuschüsse auf andere Leistungen der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung.

5.3. Dieses Formular „Zwischenabrechnung“, das im 1. Quartal 2021 zur Verfügung gestellt wird, ist dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in eingescannter und unterschriebener Form an v7@sozialministerium.at zu übermitteln.

5.4. Die Endabrechnung gemäß 5.1.3. erfolgt anhand eines Musterformulars, das neben den Ergebnissen der Zwischenabrechnungen (5.1.1. und 5.1.2.) auch folgende Angaben zu den Zuwendungen des Abschnitts 2 enthält:

- Anzahl der insgesamt unterstützten Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalte;
- Gesamtvolumen der an Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalte gewährten Unterstützungen;
- eine Bestätigung der Nichtanrechnung der gegenständlichen Zuwendung auf andere Leistungen der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung.

5.5. Das Musterformular für die Endabrechnung wird spätestens Ende des Jahres 2021 zur Verfügung gestellt.

5.6. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) kann eine Kontrolle der von den Ländern gemeldeten Kosten durchführen.

5.7. Unverbrauchte Bundesmittel sind dem Bund bis längstens 31.05.2022 zurückzuerstatten.

Besonderer Teil

Abschnitt 1: Zuwendungen des Bundes für Kinder

6.1. Zuwendungen gemäß § 1 Z 1 COVID-19-Gesetz-Armut werden in Form einer Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro pro Kind gewährt.

6.2. Zuwendungen können an Eltern mit Kindern geleistet werden, die zum Stichtag 31.01.2021 im Bezug einer Mindestsicherung, Sozialhilfe oder einer in Ausführung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes gewährten, gleichzuhaltenden Leistung stehen bzw. standen.

6.3. Die Gewährung einer Zuwendung nach diesem Abschnitt setzt grundsätzlich das Vorliegen eines gemeinsamen Haushalts zwischen den in 6.2. genannten Personen voraus.

6.4. Als Eltern im Sinne dieser Richtlinie gelten leibliche Eltern einschließlich Stief-, Adoptiv- und Pflegeeltern sowie an deren Stelle tretende Personen, soweit sie die Pflege und Erziehung des Kindes überwiegend wahrnehmen.

6.5. Für den Erhalt einer Zuwendung gilt das Vorliegen eines Leistungsbezuges im Sinne von 6.2. bei einem Elternteil oder einem Kind als ausreichend.

6.6. Als Kinder im Sinne dieser Richtlinie gelten Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Nach erreichter Volljährigkeit kann das Vorliegen der Kindeseigenschaft weiterhin angenommen werden, wenn die in Frage stehende Person nach dem jeweiligen Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfe-Ausführungsgesetz des Landes sinngemäß weiterhin als Kind angesehen wird. Die Voraussetzungen nach 6.2. bis 6.5. müssen in beiden Fällen als erfüllt angesehen werden können.


6.7. Nach Feststellung der Zuwendungsvoraussetzungen haben Leistungen nach § 1 Z 1 COVID-19-Gesetz-Armut bis 28.02.2021, längstens jedoch bis 15.04.2021 zur Auszahlung zu gelangen.

Abschnitt 2: Energiekostenzuschüsse des Bundes

- 7.1. Energiekostenzuschüsse gemäß § 1 Z 2 COVID-19-Gesetz-Armut werden nach Maßgabe der nach Abwicklung der Zuwendungen nach Abschnitt 1 verbleibenden Finanzierungsmittel in Form von Einmalzahlungen in Höhe von maximal 100 Euro pro Haushalt geleistet.**
- 7.2. Zuschüsse können Privathaushalte erhalten, in denen zum Stichtag 31.03.2021 zumindest eine Person im Bezug einer Leistung der Mindestsicherung, Sozialhilfe oder einer in Ausführung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes (im Folgenden: SH-GG) gewährten, gleichzuhaltenden Leistung steht bzw. stand.**
- 7.3. Die Länder können nach Maßgabe der budgetären Mittel im Jahr 2021 einen weiteren Stichtag für die Gewährung von Zuschüssen nach 7.1. festlegen.**
- 7.4. Zuschüsse werden zur teilweisen Abdeckung von Kosten für grundlegende Energiedienstleistungen wie Heizung, Warmwasser und Strom infolge steigender finanzieller Belastungen durch die COVID-19-Krise gewährt.**
- 7.5. Eine Vorlage von Unterlagen, die die Art oder Form der Energieversorgung bzw. das Ausmaß der angefallenen Energiekosten belegen, ist im Sinne einer raschen Soforthilfe nicht erforderlich (s. 2.5., 2. Halbsatz).**
- 7.6. Bestehende, für gleichartige Zwecke gewährte Zuschüsse der Länder sollen durch Leistungen nach diesem Abschnitt weder ersetzt noch eingeschränkt werden.**
- 7.7. Zuschüsse, die Privathaushalten nach Maßgabe des 7.2. gewährt werden, haben nach Feststellung der Zuwendungsvoraussetzungen bis 31.05.2021, längstens jedoch bis 30.06.2021 zur Auszahlung zu gelangen.**
- 7.8. Die Zwischen- bzw. Endabrechnung zu Leistungen nach diesem Abschnitt erfolgt gemäß 5.2. und 5.4. der vorliegenden Richtlinie.**

Abschnitt 3: Inkrafttreten und Geltungsdauer

Diese Richtlinien treten mit ihrer Verlautbarung in Kraft und sind ausschließlich **in Bezug auf das Kalenderjahr 2021** anzuwenden.



**Bundesministerium für
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz**

Stubenring 1, 1010 Wien

+43 1 711 00-0

[sozialministerium.at](https://www.sozialministerium.at)